

## **Stadträtin Fechter: „Rote Karte fürs Grillen in St. Margarethen und Sicherheit im Neuen Rathaus sind Schwerpunkte im nächsten Liegenschaftsausschuss!“**

Die Berichte zu zwei Gemeinderatsanträgen stehen im Mittelpunkt der nächsten Sitzung des Liegenschaftsausschusses. Zum einen wird der Ausschuss informiert, dass die Probleme rund um die Grillzone in St. Margarethen nun endgültig dadurch gelöst werden, dass ein Grillverbot erfolgt. „Die Evaluierung der Situation im Vorjahr führt dazu, dass ich keine andere Möglichkeit sehe, als den Grillbegeisterten dort die schon einmal angekündigte Rote Karte zu zeigen“, erklärt die Liegenschaftsreferentin Regina Fechter. Da immer wieder Regeln nicht eingehalten wurden, wurde die Belastungsgrenze für die AnrainerInnen bei weitem überschritten: „Dem mussten wir einen Riegel verschieben, die Geduld der in St. Margarethen lebenden LinzerInnen wurde genug strapaziert“, so Fechter. Insgesamt stehen allerdings auch künftig vier Grillzonen in Linz zur Verfügung.

Zum anderen wird auch ein weitgehendes Maßnahmenprogramm zur Erhöhung der Sicherheit im Neuen Rathaus vorgestellt. „Wir orientieren uns dabei am Beispiel der Stadtverwaltung Dornbirn, die sich trotz der Ermordung eines Mitarbeiters der nahegelegenen Bezirkshauptmannschaft entschlossen hat, am Prinzip eines offenen Hauses festzuhalten“, erklärt Fechter. Schwerpunkt des neuen Maßnahmenprogramms ist daher neben größtenteils umgesetzten Präventivmaßnahmen die Einrichtung eines Sicherheitsdienstes, der in Bereichen mit erhöhtem Gefährdungspotenzial patrouilliert und im Bedarfsfall angefordert werden kann. „Hundertprozentige Sicherheit gibt es leider nie, haben uns Experten erklärt. Der Einsatz von Patrouillen erscheint uns aber als geeignetes Mittel, weiterhin für MitarbeiterInnen und BesucherInnen eine barrierefreie Zugänglichkeit bei größtmöglicher Sicherheit zu gewährleisten“, erklärt Stadträtin Regina Fechter.

Die Geschichte um die Grillzone in St. Margarethen findet nun ein Ende: „Wir haben lange und vieles versucht, ein gedeihliches Miteinander von Grillbegeisterten und AnwohnerInnen zu erreichen. Nachdem aber auch die letzten Beschränkungen nicht zum gewünschten Erfolg geführt haben, stehe ich natürlich zuerst auf Seiten der LinzerInnen, die in St. Margarethen leben, und setze der Belastung ein Ende“, erklärt die Linzer Liegenschaftsreferentin Stadträtin Regina Fechter, warum sie dem Liegenschaftsausschuss des Gemeinderats in der Sitzung am 25. Februar die Auflassung der Grillzone in St. Margarethen vorschlägt. „Wir haben uns lange bemüht, ähnlich attraktive Grillzonen anzubieten, leider sind die Plätze am Wasser begrenzt. Wir haben aber in der Nähe des Südparks und in der Nähe des Pleschinger Sees zwei Grünflächen aufgetan, die von Wohngebieten ausreichend weit entfernt liegen und ein konfliktfreies Grillen ermöglichen sollten. Damit stehen den grillbegeisterten Menschen in Linz weiterhin vier Grillzonen zur Verfügung“, erklärt Regina Fechter.

Einen Gemeinderatsantrag, der letztlich auf die Errichtung von Sicherheitsschleusen beim Neuen Rathaus abzielt, hat der Liegenschaftsausschuss ebenfalls zu behandeln. „Das Rathaus ist nicht nur Verwaltungssitz, sondern auch ein Ort der Begegnung für viele BürgerInnen. So finden dort viele Informationsveranstaltungen, Hochzeiten und Sprechstunden statt, für die wir eine möglichst einfache Zugänglichkeit der Räumlichkeiten gewährleisten wollen. Zugleich ist uns die Sicherheit der MitarbeiterInnen ein hohes Anliegen, weshalb wir gemeinsam mit Experten des Verfassungsschutzes, der Landespolizeidirektion und des Ordnungsdienstes ein Maßnahmenpaket erarbeitet haben“, so Fechter. Dieses wird derzeit umgesetzt und beinhaltet einerseits spezielle Sicherheitsglasvorrichtungen in Arbeitsbereichen mit höherem Gefährdungspotenzial sowie andere bauliche und präventive Maßnahmen und andererseits, da sowohl der Charakter eines offenen Hauses als auch eine gute Arbeitsqualität im Rathaus erhalten bleiben sollen die Einrichtung eines Sicherheitsdienstes. „Dieser soll in besonders gefährdeten Bereichen des Hauses patrouillieren und kann zugleich im Bedarfsfall – etwa bei Terminen mit als potentiell gefährlich eingestuften KlientInnen – vorbeugend bestellt werden. Damit ist sichergestellt, dass Schutz und Hilfe durch geschultes Personal geleistet wird“, erklärt Stadträtin Regina Fechter.

Für eine weitere Entwicklung des Maßnahmenpaketes werden die Bediensteten aktiv eingebunden und somit selber ein Teil der Sicherheitsmaßnahmen. Damit stellen wir sicher, dass sich bürgerfreundliche Serviceleistungen und barrierefreie Zugänglichkeit mit dem Sicherheitsempfinden der Bediensteten vereinbaren lassen.